



**Historischer Verein für Mittelbaden
Mitgliedergruppe Schiltach/Schenkenzell e.V.**



www.geschichte-schiltach-schenkenzell.de

Die Schiltacher SPD feierte 2022 ihr 125jähriges Bestehen Kampf galt von Anfang an der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft

von Andreas Morgenstern

Im späten 19. Jahrhundert erfasst der industrielle Aufschwung das Kinzigtal. Die Arbeitsbedingungen sind vor 125 Jahren aber viel schwerer als heute – die Arbeiter suchen hier wie andernorts nach einer Vertretung ihrer Interessen im obrigkeitstaatlich geprägten Deutschen Kaiserreich. Gewerkschaften und die marxistische Arbeiterpartei SPD werden zu ihren Sprachrohren.

Erste Hinweise auf eine Organisation in Schiltach finden sich 1897. Kleinhandwerker und Industriearbeiter fanden sich damals in einem Verein zusammen, wie im Schramberger Protokollbuch des dortigen Arbeitervereins zu lesen ist. Zwar sind aus dieser Zeit kaum Zeugnisse erhalten, doch gab es bereits eine beträchtliche Anhängerschaft. Bei der Reichstagswahl 1903 erreicht der SPD-Kandidat in Schiltach den zweiten Platz. 1906 entsteht eine Filiale des Schramberger Konsumvereins. Er ist, ebenso wie der bald folgende Arbeiterradfahrverein eine SPD-nahe Organisation. So erstehen eigene Strukturen.



Der Schiltacher SPD-Ortsverein entstand im Zuge des industriellen Aufschwungs. Die Partei fasste als Vertreterin der Arbeitnehmer Fuß. Arbeiterinnen der Schlossmühle im Jahr 1896 ...

© StA Schiltach

In diesen ersten Jahren steht der Kampf der wachsenden Gewerkschaften im Zentrum. Bei der Firma Korndörfer sind die Bedingungen so schlecht, dass diese 1904 sogar auf der Titelseite der deutschlandweit verbreiteten Gewerkschaftszeitung „Der Textilarbeiter“ beklagt werden.

Unangekündigte Lohnkürzungen und falsche Abrechnungen gingen dort mit miesen Arbeitsbedingungen einher: „Morgens Dreiviertel Sieben soll die Arbeit beginnen, aber es ist weder Licht vorhanden, noch geht das Antriebswerk.“ Nun seien aber alle Arbeiter organisiert, womit Lohndrückerei bekämpft werden könne. Not herrscht dennoch: 1906 weiß die Freiburger Parteizeitung „Volkswacht“ gar von zwei jungen Schiltacherinnen, die ihre Kleinkinder aus Verzweiflung ausgesetzt hatten.



... und Arbeiter an der Oberen Säge nach 1900. © StA Schiltach

1908 dann der Durchbruch für die SPD: Am 15. März überzeugt der Landtagsabgeordnete Albert Süßkind im Gasthaus „Sonne“ vor 100 Zuhörern so sehr, dass viele Parteimitglieder die Gründung eines Wahlvereins ermöglichen. Der Schreiber der „Volkswacht“ mahnt: „Möge es sich ein jeder zur Pflicht machen, seine Nebenarbeiter für unsere Sache zu gewinnen, dann wird der Kampf des Proletariats auch hier seine guten Früchte tragen und der 15. März 1908 wird ein Erfolg sein für die Schiltacher Arbeiterschaft.“

Jetzt vertritt die Schiltacher SPD mit ihren zunächst 27 Mitgliedern die Interessen der Arbeiterschaft und der Schwächsten. An der Spitze ihres ersten Vorstands steht der Sattler Georg Bühler. Komplettiert wird die Führungsriege von Johann Flad, Georg Dieterle, Wilhelm Wöhrle, Georg Wolber und Mathias Grimminger.

1910 liest man auch erstmals von einer größeren Zahl an Frauen bei einer Parteiversammlung. Als 1912 Unbekannte die Tanne fällen, an der zum 1. Mai noch eine rote Fahne hing, zeugt dies ebenso wie das Abreißen von Plakaten vor einer mit 250 Gästen prall gefüllten Versammlung im August 1910 von der teilweisen Härte des Klassenkonflikts. Ein Flugblatt von 1909 titelt so auch: „Wahltag! Kampftag!“, während 1914 eine bürgerliche Zeitung mahnt, die Schiltacher SPD-Stimmen zeigten, „daß im Kinzigthale die patriarchalischen Verhältnisse nicht mehr in dem Maße vorhanden sind“.

Es geht aufwärts, aber der Weg in den Gemeinderat bleibt für die SPD steinig. Erst die Revolution am Ende des Ersten Weltkriegs wird den Durchbruch bringen.

1918/19 war die Schiltacher SPD im Gemeinderat angekommen. Bereits aus dem mit Kriegsende 1918 gebildeten Volksrat waren Wilhelm Probst und Christian Wolber in das Gemeindegremium entsendet worden – Folge einer Verordnung der badischen Übergangsregierung. Bei der Reichstagswahl im Januar 1919 ist die SPD auch in Schiltach die Nummer eins. In der Gemeinderatswahl erringen neben Wolber auch Hermann Faisst, Friedrich Höhn und Johann Lutz, später dann noch Abraham Aberle, Christian Wöhrle und Christoph Wolber SPD-Mandate.

Diese Jahre sind keine Zeit für große Träume. In der Not nach dem Ersten Weltkrieg ist die tägliche Versorgung der Bürger die Herausforderung. 1920 kommt es zu Krawallen vor dem Rathaus gegen die schlechte Brotversorgung und die „Teuerung“. Mehr als über die SPD ist zum damaligen Schiltacher Verband der Freien Gewerkschaften überliefert. Geführt von Ludwig Fuchs, dann von Markus Faisst aus Halbmeil, gehört ihm auch Georg Sauerbrunn, 1918/19 Führer der Volkswehr, an.

Neben den Bemühungen um eine bessere Versorgung, die für ihr Geld kaum noch etwas bekommen, initiiert man eine Preisprüfungsstelle. Jenseits drohender Preissteigerungen beschäftigt sie sich mit praktischen Erleichterungen des Einkaufs. 1921 verkauft die Gewerkschaft sogar selbst Waren im Rathaus. 1923 muss man aber gar darum kämpfen, dass ständig abgewertetes Papiergeld von den Händlern überhaupt noch angenommen wird. Von der in der Not ungebrochenen Zugkraft der Partei zeugen nicht nur die weiterhin starken Wahlergebnisse, die die 1920er-Jahre hindurch die SPD an erster Stelle sehen, sondern auch die Mobilisierungsfähigkeit. So sind auch Veranstaltungen gut besucht. Zum 1. Mai 1921, in Baden kein Feiertag, erreicht man immerhin 150 Teilnehmer.

1926 entsteht in Schiltach mit der Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eine Stütze des demokratischen Verfassungsstaats. Zwar sind darin auch Anhänger der bürgerlichen Mitteparteien, der Schwerpunkt liegt aber bei der SPD. Der Bericht der Parteizeitung „Volksfreund“ zur Bannerweihe 1929 bedauert aber, man stehe „in der Region ziemlich isoliert da“. Wenigstens ist Schramberg ein starker Nachbar.



BU: Reichsbannerweihe im Juli 1929 auf dem Festplatz der Turnhalle. Viele SPD-Mitglieder waren Anhänger der Schiltacher Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. © StA Schiltach

In der erneut verschärften wirtschaftlichen Not erstarken in den 1930er Jahren auch in Schiltach die Nationalsozialisten. Gegen deren Versammlungen wenden sich die Sozialdemokraten mit Veranstaltungen und Aufmärschen. Dabei bekam die SPD auch von linken Parteien Konkurrenz. Nachdem zu Beginn der 1920er-Jahre auch eine kleine Gruppe der abgespaltenen Unabhängigen Sozialdemokratie existiert hatte, taucht am Ende der Weimarer Republik die KPD auf.

Noch 1930 stellt die Partei drei Gemeinderäte. 1932 setzte sie sich für die massive Senkung der Neubaumieten in städtischen Gebäuden ein. Am 4. März 1933 spricht im Gasthaus „Linde“ der Landtagsabgeordnete Anton Weißmann zum Thema „Gegen Hitler – Für Freiheit und Sozialismus“. Kurz darauf verbietet die reichsweite Anordnung zum „Schutz von Volk und Staat“ antifaschistische Versammlungen. Bald müssen die Sozialdemokraten unter dem Druck der „Gleichgeschaltung“ ihre Ämter niederlegen. Die SPD wird kurz darauf verboten. Aber viele Genossen bewahren sich ihre sozialdemokratischen Ideale während der Diktatur.

1945 – der Krieg ist vorbei, zwölf Jahre nationalsozialistischer Terrorherrschaft haben ein Ende gefunden. Zunächst noch unter Kontrolle der jeweiligen Besatzungsmacht werden auch antifaschistische Parteien zugelassen: KPD, liberale Demokratische Partei, der CDU-Vorgänger Christlich-Soziale Volkspartei und die SPD kehren auch in Schiltach zurück. Vor allem die SPD kann dafür auf frühere Genossen bauen, die nun wieder an den Anspruch der 1933 verbotenen Partei anknüpfen. Der Vorsitzende Kurt Schumacher drückt ihn auf dem ersten Parteitag der Westzonen 1946 so aus: „Die Persönlichkeit zählt, nicht der Rang.“

Für Schiltach erwähnt ein Schriftstück vom 15. Februar 1946 Christoph Wolber als Vorsitzenden, genannt werden für die Position an anderen Stellen aber auch Abraham Aberle und Friedrich Dinger. Von Beginn an ist die SPD mit zunächst 33 Mitgliedern stärkste politische Gruppierung, übrigens gefolgt von den bald aber im Wettbewerb der Arbeiterparteien unterlegenen Kommunisten. Wie bereits in der Vergangenheit stärkt die Wiederkehr der Arbeitnehmervertretungen die Position der Partei. Mit dem 26. Februar 1946 ersteht im Gasthaus „Sonne“ auch wieder eine Textilarbeitergewerkschaft. Die Initiatoren sind Otto Wolber, Martin Fritz und Christian Bühler.

Am 15. September 1946 folgen die ersten demokratischen Gemeinderatswahlen nach dem Krieg. Angeführt wird die zunächst als „Sozialistische Partei“ kandidierende SPD von Martin Fritz; im Wahlkampf tritt sogar Freiburgs Zweiter Bürgermeister Franz Geiler im „Rössle“ auf. Verantwortung als Gemeinderäte übernehmen neben Fritz auch Friedrich Dinger und Hans Pfaff. Die beiden waren zuvor bereits mit Christoph Wolber 1945/46 SPD-Mitglieder des ernannten Gemeindegremiums gewesen.

Blickt man in die damaligen Ratsprotokolle, dann lagen die Arbeitsschwerpunkte in dieser schwierigen Situation bei der Versorgung und Unterbringung der Menschen. Daneben arbeiten die Sozialdemokraten auch in der Entnazifizierungskommission mit. Schließlich wird Dinger zwischenzeitlich Bürgermeister Gottlieb Trautwein vertreten.

Auch in Lehengericht ist die Arbeiterpartei wieder da. 1946 vertreten sie Andreas Zanger und Johann Georg Hornung im Rat, wobei hier die Liste „Freie Arbeiter und Bauern“ heißt, aber mit zahlreichen, dann später auch für die SPD kandidierenden Männern bestückt ist. Frauen finden sich wie auch in vielen anderen Orten zu dieser Zeit auf keiner Kandidatenliste. Ähnlich zur Situation in anderen Städten und Dörfern ist die Versorgung auch in der Landgemeinde schwierig. Sogar ein Unternehmen wie die Tuchfabrik Karlin ist auf Tauschhandel angewiesen.

Ein wichtiges Ereignis findet am 31. März 1947 statt. Jetzt gründet sich das „Ortskartell der Gewerkschaften“. Erster Beauftragter wird Martin Fritz. Bald folgen die wichtigen flankierenden Vereine: 1947 zählt der von Abraham Aberle geleitete Arbeiterunterstützungsverein 190 Mitglieder, womit der gemeinsam mit der Sportgemeinde die zahlenstärkste Organisation Schiltachs ist, 1948 kehren die Naturfreunde, 1953 der Arbeiter-, Rad- und Kraftfahrverein „Solidarität“ zurück.

Bürgermeister Martin Fritz – eine Schiltacher Ära

1952 sorgt Martin Fritz in Schiltach für Schlagzeilen. Das Gesicht der Schiltacher SPD setzt sich gegen den Lahrer Stadtamtmann Willi Reichelt und Zimmerermeister Gottfried Harter von der FDP bei der Bürgermeisterwahl klar durch. Nachdem noch 1948 der Gemeinderat Friedrich Dinger gegen den liberalen Gottlieb Trautwein unterlegen war, ist nun im zweiten Anlauf ein Arbeiter und Gewerkschafter Chef im Rathaus.

Die Schiltacher vertrauen ihrem Kandidaten, der sich seit Jahrzehnten für die Stadt und seine Menschen eingesetzt hat. Hierzu gehört auch sein Protest gegen den nicht wenige Schiltacher verunsichernden Einbau von Sprengkammern an strategischen Punkten durch das französische Militär.



*Die Mühlegasse in den 1950er-Jahren. In dieser Zeit war die SPD in Schiltach die stärkste Partei.
© StA Schiltach*

Geboren wurde Fritz am 1. Mai 1899 als Sohn eines Sägers. Er arbeitet mit 15 Jahren bei der Sägerei Heinzelmann, dann nach seinem Kriegseinsatz ab 1921 für 31 Jahre als Weber bei Karlin. Fritz engagiert sich in der SPD, in der republiktreuen Schutzorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, aber ist auch erfolgreicher Sportler im Kraftsportverein. In der NS-Diktatur wird er aus der Gemeindevertretung entfernt.

Nach Kriegsende kann Fritz wieder wirken. 1946 ist er Mitbegründer einer Gewerkschaft vor Ort und im Kreis Wolfach. Jetzt wird er auch für die SPD in den Gemeinderat gewählt. Sein Ansehen ist so weit gewachsen, dass er ab 1950 nach der Erkrankung des Bürgermeisters bereits die Geschäfte führt.

Das Bild des „Arbeiterschultheiß“ prägen vor allem Menschlichkeit und Beharrlichkeit; er vermittelt den Schiltachern das Gefühl, dass man sich an ihn mit seinen Anliegen wenden kann. Noch heute erinnern sich Zeitgenossen gern an seine offene Art. Konflikten geht der Bürgermeister nicht aus

dem Weg. Fritz, der keine Verwaltungsausbildung genossen hat, den aber die Erfahrung der Arbeiterfamilien prägt, verfolgt beharrlich das Ziel einer grundlegenden Verbesserung der alltäglichen Lebensbedingungen für seine Schiltacher. Das noch in unseren Tagen genutzte Feuerwehrgebäude an der Hauptstraße, vor allem aber der Krankenhausbau auf dem Hoffeld sind fest mit seinem Namen verbunden. Das Grundrecht auf bestmögliche Gesundheitsversorgung soll den Bürgern vor Ort gesichert werden. Überlegungen für ein neues Schulhaus und die Ortsumgehung werden angestoßen, können aber erst später realisiert werden.



Der Neubau und die Einweihung der Häberlesbrücke 1957 fällt in die Amtszeit von Bürgermeister Martin Fritz – ©StA Schiltach



Freigabe der Brücke - © StA Schiltach

Nicht alle Entscheidungen sind unumstritten. So wird noch vor der Einweihung des Krankenhauses Kritik laut, ist die Stadt doch wirtschaftlich nicht auf Rosen gebettet. Tatsächlich muss sich Fritz bei seiner Wiederwahl 1961 ernsthafter Konkurrenz stellen – in Schiltach ungewöhnlich. Fritz bleibt

aber bis 1970 insgesamt 18 Jahre im Amt. Da hat er inzwischen auch das Bundesverdienstkreuz und den Schiltacher Ehrenteller erhalten. In seinen Dankesworten wird die Motivation des bis ins Rentenalter hinein aktiven Sozialdemokraten deutlich: All das Getane sei sein Lebensinhalt gewesen.



*Mitte der 1960er Jahre entsteht auf dem Hoffeld in exponierter Lage das neue Städtische Krankenhaus
© StA Schiltach*

1974 stirbt Schiltachs Alt-Bürgermeister Martin Fritz. In seinem Nachruf heißt es: Er hat „mit ganzer Kraft, Hingabe und in Verbundenheit mit seiner Heimatstadt für das Wohl der Gemeinde und seiner Bürger gearbeitet.“

1984 erleidet Schiltach einen schweren Schlag, betroffen sind die Mitarbeiter der Firma Junghans-Stahl im Lehengerichter Welschdorf. Während es im Herbst des Vorjahres noch geheißen hatte, mit Kurzarbeitsregelungen könnten dort ihre eigenen Arbeitsplätze gesichert werden, schlagen nun die Schließungspläne des Betriebseigners, die Nürnberger Diehl-Gruppe, wie eine Bombe ein.

Der Endpunkt für den traditionsreichen Junghans-Standort, der, 1920 gegründet, zu seinen besten Zeiten in den 1960er und 1970er Jahren etwa 250 Beschäftigte im Drei-Schicht-Betrieb gezählt hatte. Ein Erfolgsgarant war all die Jahre die Anpassungsfähigkeit an einen sich wandelnden Markt. Als die Federn für Uhren durch Batteriebetrieb abgelöst wurden, hatte man Rückholfedern für Kabelroller oder auch Autogurtfedern für Volvo-Fahrzeuge produziert. Junghans-Stahl zeichnete Qualität aus, da man den Stahl selbst produzieren konnte.

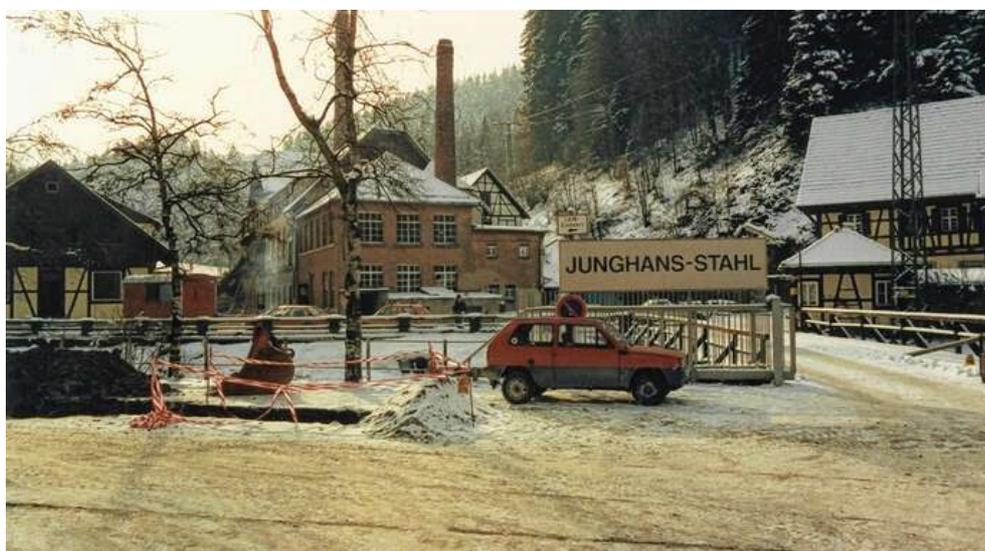
Der Betriebsrat und langjährige SPD-Gemeinderat Gerhard Wälde betont so noch heute, der Betrieb sei bis zuletzt gut gelaufen. Auch sei das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Management stets ausgesprochen positiv gewesen. Doch nun soll Schluss sein. Wie soll es aber nun für die 70 Beschäftigten weitergehen, von denen immerhin die Hälfte bereits älter als 50 ist? Geschlagen geben sich die Lehengerichter Junghansianer nicht. Ein Flugblatt der IG Metall verheißt so auch: „Solidarität ist unsere Kraft“.

Auf einer eilig einberufenen Gewerkschaftsversammlung am 29. Februar 1984 im „Schwobe-Karle“ fordert eine Resolution den Abgang der Geschäftsführung. Die Verbitterung sitzt tief. Der Betriebsrat schaltet aber auch die SPD als Arbeitnehmerpartei ein. So wird der Oberndorfer Bundestagsabgeordnete Klaus Kirschner in die schwierigen Verhandlungen einbezogen.

Eine Abwendung des Betriebsendes ist jedoch praktisch unmöglich. Wälde erinnert sich, die Schließungspläne „waren bereits fertig, als wir informiert wurden“. Betriebsrat und Gewerkschaft ringen um die Zukunft der Belegschaft. Immerhin kann ein Großteil gleich mit Teilen des Maschinenparks zu Kern-Liefers oder zu anderen Diehl-Standorten wechseln. Für alle übrigen Kollegen werden Abfindungen, Sozialpläne, Vorruhestandsregelungen ausgehandelt. Wie hart dafür gerungen werden muss, bezeugt ein Streik noch im Sommer 1984.

Betriebsrat und Sozialdemokraten können den Niedergang sozial abfedern. Keiner der betroffenen Junghansianer steht nach der Schließung der Werkstore am 30. September 1984 in einer bundesweit schwierigen Wirtschaftslage erwerbslos auf der Straße.

Wälde lebt noch heute gegenüber dem Werksgelände. Nach Jahrzehnten Arbeit für Betrieb und Belegschaft empfindet er es als „Katastrophe“, damals tagtäglich dem Abbau des Betriebs zusehen zu müssen. Lagen die Gründe in der allgemeinen Stahl-Krise oder doch eher in Management-Fehlern? Die Urteile darüber gehen noch heute auseinander. An diesem besonderen Industriestandort schafft dann bald die Firma BBS neue Arbeitsplätze.



*Das ehemalige Werk Junghans-Stahl im Januar 1987. Drei Jahre zuvor wurde der Betrieb eingestellt.
© StA Schiltach*

*Dieser Bericht erschien im Jahr 2022 jeweils als fünfteilige Serie erstmals am 5. und 23. August,
am 5. und 14. September sowie am 9. November im „Schwarzwälder Bote“*

*und am 17. und 24. November sowie am 1., 8. und 15. Dezember 2022
im „Offenburger Tageblatt“*